

FDP Bayern ungekürzt 3700 (2700)

1. Frage: Wird sich Ihre Partei bei der aktuell anstehenden Reform des Rentensystems dafür einsetzen, dass die Erziehungsarbeit der Eltern als Grundlage künftiger Renten bei der Rentenberechnung der Erwerbsarbeit zumindest gleichgestellt wird?

Es ist gut und richtig, die Erziehungsleistung von Eltern zu wertschätzen und in der Rente zu berücksichtigen. Deshalb erhalten Eltern, deren Kinder ab 1992 geboren sind, für drei Jahre so viele Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto, wie ein Durchschnittsverdiener in Deutschland erwirbt - aus Steuermitteln.

Denn um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Rente zu wahren, muss das Grundprinzip der modernen Rentenversicherung nach unserer Überzeugung unberührt bleiben: dass jeder am Ende so viel erhält, wie er eingezahlt hat. Versicherungsfremde Leistungen müssen deshalb konsequent aus Steuermitteln finanziert werden. Die GroKo gefährdet dieses Prinzip durch Maßnahmen wie die Mütterrente, die aus Beitragsmitteln finanziert wird, obwohl sie gar nicht der Verhinderung von Altersarmut dient.

Statt das Rentensystem auf diese Weise zu unterwandern, sollten wir die Rente endlich enkelfit machen. Dafür brauchen wir ein Rentensystem nach dem Baukastenprinzip, das durch mehr Flexibilität und Transparenz eine passende Altersvorsorge in allen Lebenslagen ermöglicht.

2. Frage: Wird sich Ihre Partei für eine Reform des Elterngeldgesetzes einsetzen, mit dem Ziel, alle Eltern gleich zu behandeln, indem nicht der vorherige Erwerbtslohn sondern die elterliche Sorgearbeit zum Maßstab genommen wird?

Beim Elterngeld sehen wir hohes Verbesserungspotential, insbesondere muss die Antragsstellung einfacher und unbürokratischer, am besten digital, ermöglicht werden. Die Bindung an den vorherigen Erwerbtslohn halten wir aber für sachgerecht. Um Härtefälle zu vermeiden existiert eine Grundsicherung, bei der es ebenfalls einer Verbesserung bedarf. Die Idee, dass sich (vorherige) Leistung lohnen muss, unterstützen wir aber.

3. Frage: Wird sich Ihre Partei für eine der staatlichen Krippen-Förderung (U3) entsprechende Honorierung der elterlichen Erziehungsarbeit einsetzen, die den Eltern die freie Entscheidung überlässt, dieses Honorar entweder selbst zu behalten als Lohn für ihre persönliche Erziehungsarbeit oder aber es einzusetzen zum „Einkauf“ von Fremdbetreuung ihrer Wahl, um anderweitig erwerbstätig sein zu können?

Wir Freie Demokraten wollen das 2016 eingeführte Bayerische Betreuungsgeld abschaffen. Die Gelder wollen wir stattdessen in die frühkindliche Bildung investieren. Das Betreuungsgeld setzt einen finanziellen Anreiz für Eltern (meist Mütter), dem Arbeitsmarkt für längere Zeit fern zu bleiben – mit negativen Folgen für die eigene Altersabsicherung. Ziel liberaler Familienpolitik ist es aber auch, kein Kind zurückzulassen, jedes Kind aus der Armut herauszuholen. Das Betreuungsgeld setzt daher gerade für bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund, deren Kinder in besonderer Weise von einer Förderung in der Kita profitieren würden, einen falschen Anreiz.

4. Frage: Ist Ihre Partei bereit, sich mit neueren neurobiologischen Erkenntnissen zur Kleinkindbetreuung auseinanderzusetzen?

Die FDP setzt sich für eine exzellente frühkindliche Betreuung und Bildung ein: Kinder sollen in der frühkindlichen Bildung nicht nur betreut, sondern schon von Beginn an individuell gefördert werden. Denn eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft. Damit eine frühkindliche Bildung auf exzellentem Niveau erfolgen kann, müssen neueste neurobiologische und andere wissenschaftliche Erkenntnissen mit einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Hagen